2020/29 Ausland

https://www.jungle.world/artikel/2020/29/abbruch-im-verborgenen

Klandestine Schwangerschaftsabbrüche in Chile

Abbruch im Verborgenen

Von **Susanne Brust**

In Chile unterstützen unabhängig organisierte Netzwerke jährlich Zehntausende ungewollt Schwangere bei illegalen Schwangerschaftsabbrüchen. Die Covid-19-Pandemie hat nun zur Folge, dass die ohnehin bedrohten reproduktiven Rechte von Frauen kaum noch durchgesetzt werden können.

Mónica Zalaquett ist erst seit wenigen Wochen chilenische Ministerin für Frauen und Gleichberechtigung der Geschlechter, da regt sich unter dem Motto »Wir haben keine Ministerin« bereits Protest. »Wenn sie uns eine Frau vorsetzen, die nichts mit unseren Idealen gemein hat, wird sie niemals den Rückhalt der feministischen Bewegungen haben«, sagt etwa Francisca Rubio, die Sprecherin der Gruppe Coordinadora 8M in Concepción.

Zalaquett verfolgt wie ihre Vorgängerinnen die Linie ihrer rechtskonservativen Partei Unión Demócrata Independiente (Unabhängige Demokratische Union). In einem Fernsehinterview mit CNN Chile bekräftigte sie Anfang Juli ihre Position zu Schwangerschaftsabbrüchen: »Ich bin eine Frau, die das Leben immer verteidigen wird. In Chile haben wir bereits breit und ausführlich über dieses Thema gesprochen und sind zu einem Beschluss gekommen. Wir haben das Gesetz, damit ist das Thema abgeschlossen.«

> »Dass Frauen nicht an Abtreibungsmedikamente kommen, führt dazu, dass sie zu körperlich extrem riskanten Methoden greifen.«
> Gloria Maira, Runder Aktionstischfür Abtreibung

2017 verabschiedete das chilenische Parlament ein Gesetz zur Entkriminalisierung von Abtreibungen in drei Fällen: bei tödlicher Erkrankung des Fötus, Lebensgefahr für die Mutter oder nach einer Vergewaltigung. Seit den letzten Jahren der Militärdiktatur waren Schwangerschaftsabbrüche komplett verboten gewesen; das neue Gesetz galt vielen, die für reproduktive Rechte gekämpft hatten, als erster Schritt in die richtige Richtung. Doch lange nicht alle Frauen, die abtreiben wollen und auch dazu berechtigt wären, erhalten die Möglichkeit dazu. Große Teile des medizinischen Personals weigern sich aus Gewissensgründen, die Eingriffe vorzunehmen. Das erlaubt ihnen eine kurz nach Antritt

der derzeitigen Regierung verabschiedete Klausel. Diese wird am häufigsten im Fall einer Vergewaltigung angewendet: Wie eine Studie von Miles, einer chilenischen Organisation für sexuelle und reproduktive Rechte, belegt, weigern sich in einigen Regionen über 80 Prozent, in der südchilenischen Stadt Osorno sogar alle Geburtsheilkundigen, Abtreibungen nach Vergewaltigungen vorzunehmen.

680 Frauen haben einem Bericht des chilenischen Gesundheitsministeriums zufolge 2019 legal abgetrieben. 2017 gab es nach Angaben des Ministeriums 33 000 illegale Abtreibungen; neuere Schätzungen hat das Ministerium bislang nicht veröffentlicht. Die gemeinnützige Stiftung für reproduktive Medizin ICMER nennt deutlich höhere Zahlen: 60 000 bis 70 000 klandestine Abtreibungen gebe es jährlich. Aber das sind nur Schätzungen.

María Ch'ixi* ist in einem der vielen Netzwerke aktiv, die Frauen bei ungewollten Schwangerschaften mit klandestinen Abtreibungen unterstützten. Sie sagt: »Wenn ich mit Frauen in meinem Alter spreche, hat die Mehrheit von ihnen schon mindestens einmal in ihrem Leben abgetrieben.« Ihre Gruppe sei lose und aus der Not heraus entstanden, um ungewollt schwangeren Freundinnen oder Bekannten zu helfen. Zunächst habe man persönlich oder telefonisch mit der Schwangeren über ihre Lage gesprochen. »Fast alle von uns waren selbst schon in dieser Situation, das machte die vertrauensvolle Kommunikation etwas leichter. Nach dem Gespräch haben wir erklärt, was bei einer Abtreibung körperlich und emotional passiert. Wir fragten, welche Begleitung die Person sich wünscht.« Danach habe die Gruppe die Aufgaben unter sich verteilt, von der Übergabe der Medikamente bis zur Betreuung während und nach der Abtreibung. In vielen Fällen geschieht der Schwangerschaftsabbruch medikamentös, die Wirkstoffe Mifepriston und Misoprostol gibt es in Pillenform. Ch'ixi berichtet: »Einige Netzwerke beschäftigen sich aber auch mit der Verbreitung traditioneller Methoden wie der Abtreibung mit Heilkräutern.«

Häufig haben die Unterstützungsnetzwerke Kontakt zu Gynäkologinnen, Anwältinnen und Psychologinnen. Neben der Betreuung wollen sie auch informieren. »Vor zehn Jahren sprach man in Chile kaum über Abtreibungen. Wir waren uns alle einig, dass wir dieses Informationsloch schließen und die wichtigen Stimmen derer, die abgetrieben haben, verbreiten wollen«, sagt Ch'ixi. »Dieser Moment, der die Möglichkeit erzeugt, Leben zu schaffen, birgt viele Unsicherheiten und Ängste. Aber viele dürfen nicht selbst wählen, vielmehr wird über ihr weiteres Leben entschieden, ohne die Situation zu kennen.«

Der United Nations Population Fund warnte im April, dass die Covid-19-Pandemie die reproduktiven Rechte vieler Frauen in Gefahr bringe. 47 Millionen Frauen in Schwellen- und Entwicklungsländern könnten den Zugang zu modernen Verhütungsmethoden verlieren. Die »katastrophalen Auswirkungen«, so der Bericht, könnten Millionen ungeplante Schwangerschaften und klandestine Abtreibungen sein.

Diese Entwicklung zeichnet sich auch in Chile ab. In einer Umfrage von Miles gaben bereits im April vier von zehn Befragten an, nicht an Verhütungsmittel zu kommen; drei Viertel sehen den Zugang durch fehlende Vorräte und Preiserhöhungen erschwert. Zudem fehlt es an einer politischen Strategie, wie sexuelle und reproduktive Rechte auch in der Pandemie gewährleistet werden können. Fachleute berichten, es mangele außer am

Zugang zu legalen Abtreibungen auch an Möglichkeiten für gynäkologische Vorsorgeunter suchungen. Organisationen wie der Berufsverband der Hebammen vermelden immer mehr Anfragen. »Viele Frauen berichten, seit Monaten nicht mehr an Verhütungsmittel zu kommen. Das versetzt uns in große Sorge, denn es könnte zu einer enormen Zahl ungewollter Schwangerschaften kommen«, sagte Katiuska Rojas, die Präsidentin des Verbands, dem Online-Nachrichtenportal der Universität von Chile in der Hauptstadt Santiago.

Die Koordinatorin des Runden Aktionstisches für Abtreibung, Gloria Maira, sagte der Tageszeitung El Mercurio über den Zugang zu legalen Schwangerschaftsabbrüchen: »In diesem Moment der Pandemie und bei unserem Kenntnisstand können wir nur erwarten, dass die Hindernisse noch größer geworden sind.« Nach Angaben des Gesundheitsministeriums wurden im ersten Quartal dieses Jahres 26 legale Abtreibungen weniger vorgenommen als im Vorjahreszeitraum. Angaben über das zweite Quartal 2020 gibt es noch nicht.

Lobelia Tupa* ist in einer Gruppe in der Nähe der Grenze aktiv. Sie berichtet, die Pandemie erschwere auch die Arbeit der Abtreibungsnetzwerke. »Solange es tagsüber keine Ausgangssperre gibt, könnten wir unsere Arbeit eigentlich fortsetzen.« Aber bereits Mitte April seien ihnen die Medikamente ausgegangen. »Soweit wir wissen, werden in Chile keine Pillen für Schwangerschaftsabbrüche hergestellt. Deswegen sind die Kontakte zu Frauen an der Grenze und im Ausland so wichtig.« Die chilenischen Außengrenzen sind seit Mitte März geschlossen, auch andere Bezugsquellen sind weggebrochen. Tupa sagt: »Eine Frau, bei der wir in Notfällen manchmal Medikamente bekommen, verkauft eine Pille, die früher 6 000 Pesos (etwa sieben Euro, Anm. d. Red.) gekostet hat, auf einmal für den doppelten Preis.« Zudem nutzten Händler von gefälschten Medikamenten die Engpässe für ihre Geschäfte. Besonders für ärmere Frauen sei es ohnehin schwer, sicher und bezahlbar an die Wirkstoffe zu gelangen. Nun hätten Frauen viel Geld für Fälschungen bezahlt. »Es gibt Leute, die gerade jetzt die Preise aufs Dreisteste in die Höhe treiben. Das Internet ist voll von Fake-Händlern.« Auch Drohungen von sogenannten Lebensschützern habe es gegeben.

Tupa zufolge muss die Gruppe nun umdenken. Inzwischen stelle sie zum Beispiel mit Frauen aus indigenen Gemeinschaften Informationen über natürliche Verhütung und die Abtreibung mit Pflanzen bereit. »Wir wissen von anderen Netzwerken, die zu extremeren Maßnahmen gegriffen haben«, erzählt Tupa. Maira sagt: »Dass Frauen nicht an die entsprechenden Medikamente kommen, führt dazu, dass sie zu körperlich extrem riskanten Methoden greifen. Sie bringen ihre Gesundheit, wenn nicht ihr Leben in Gefahr.«

Die gesundheitlichen Risiken von klandestinen Abtreibungen sind offensichtlich. Es gibt aber kaum Angaben darüber, wie viele Frauen bei solchen Eingriffen sterben oder ernsthafte gesundheitliche Schäden davontragen. Auch rechtlich gesehen gehen Frauen, die in Chile illegal abtreiben oder dabei helfen, hohe Risiken bis hin zu Freiheitsstrafen ein. »Die Angst vor juristischer Verfolgung ist immer da. Deswegen haben wir uns von Anwältinnen beraten lassen«, berichtet Ch’ixi. Gleichzeitig werden die Frauen in der immer noch stark katholisch geprägten Gesellschaft angefeindet, auch von Medien. »Aber der Hass von Fundamentalisten ist uns egal«, sagt sie.

Seit August 2018 bemühen sich die parlamentarische Opposition und die landesweite Kampagne für eine legale, sichere und kostenlose Abtreibung um einen Gesetzentwurf für die Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen bis zur 14. Woche. Dafür kämpft auch die feministische Bewegung, die am internationalen Frauentag allein in der Hauptstadt Santiago mehr als eine Millionen Menschen auf die Straßen brachte. In der gegenwärtigen Legislaturperiode bleibt nur wenig Hoffnung auf Fortschritte in Sachen Abtreibungsrecht. Als ersten Schritt fordert Tupa mehr Transparenz: »Selbst der Zugang zu legalen Abtreibungen ist schwierig. Dass Schwangerschaftsabbrüche außer aus drei Gründen immer noch illegal sind, hinterlässt zu viele Fragezeichen.« Das ist nicht nur während der Pandemie so.

Mitarbeit: Lioba Adam

* *Name von der Redaktion geändert.*

© Jungle World Verlags GmbH